



Nachhaltigkeit

Sustainable Finance als Trend – **Wo wollen wir hin?**

03.10.2019

Auf einen Blick

Sustainable Finance gewinnt national wie auch international an Bedeutung und eröffnet Chancen für den Standort Schweiz – zum Beispiel in Bezug auf neue Geschäftsfelder und die Erreichung internationaler Nachhaltigkeitsziele. Bei staatlichen Eingriffen und der Schaffung von staatlichen Klassifikationssystemen ist jedoch Zurückhaltung angebracht.

Inhalt

1. Das Wichtigste in Kürze
2. Position economiesuisse
3. Der Ruf nach nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten nimmt zu.
4. Hintergrund
5. EU-Aktionsplan zu Sustainable Finance
6. Ausgewählte Schweizer Akteure im Bereich Sustainable Finance
7. Empfehlung economiesuisse
8. Weiterführende Informationen

URL: <https://www.youtube.com/watch?v=-AG5I725vUA>

Das Wichtigste in Kürze

Seit einiger Zeit entwickelt sich eine starke Dynamik auf dem Markt für nachhaltige Anlagen. In jüngster Zeit beschäftigten sich auch NGO, das Parlament und die Medien vermehrt mit dem Thema «Sustainable Finance». Das bietet Chancen für nachhaltigkeitsorientierte Anleger, Unternehmen und Finanzinstitute, birgt aber auch die Gefahr unverhältnismässiger Markteingriffe. In der EU wird ein umfassender Aktionsplan zur Schaffung von Standards im Bereich des nachhaltigen Investierens ausgearbeitet. Das könnte auch für den Schweizer Finanzsektor Folgen haben. Mehrere Finanzinstitute haben darum damit begonnen, Ziele für nachhaltige Finanzierungen zu entwickeln. International gesehen wurden verschiedene Initiativen von Regierungen gestartet, so etwa die G20 Sustainable Finance Study Group oder die Coalition of Finance Ministers for Climate Action.

Position **economiesuisse**

- economiesuisse unterstützt die marktgetriebene Nachfrage in Bezug auf Sustainable Finance.
- Staatliche Eingriffe und die Schaffung staatlicher Klassifikationssysteme sollen nur zurückhaltend und möglichst international koordiniert erfolgen.
- Der Wirtschaftsdachverband unterstützt Aktivitäten zur Positionierung von nachhaltigen Unternehmen.
- Im Zentrum der Diskussionen rund um Sustainable Finance müssen die Marktkräfte und -entwicklungen sowie die Sicherung gleicher Chancen für alle Unternehmen stehen.



Der Ruf nach nachhaltigen
Investitionsmöglichkeiten **nimmt zu.**

Wirtschaftlicher Erfolg kann langfristig nur in einer leistungsfähigen, stabilen Gesellschaft und einer intakten Umwelt erreicht werden. Dieses Erkenntnis ist nicht neu, wohl aber Grund dafür, weshalb sich Unternehmen gerade im Kontext der Globalisierung vermehrt strategisch mit verantwortungsvollem Unternehmertum befassen. Zahlreiche Schweizer Unternehmen verstehen dies als Chance und Notwendigkeit für den wirtschaftlichen Erfolg. economiesuisse betont daher die Bedeutung des nachhaltigen Wirtschaftens seit mehreren Jahren in einem umfassenden Kontext.

Sustainable Finance beschäftigt sich mit dem Thema Nachhaltigkeit im Finanzwesen. Nachhaltige Anlagestrategien haben gerade in den letzten Jahren bei privaten und institutionellen Investoren an Bedeutung gewonnen.

Nachhaltigkeit als gesamtheitlicher Ansatz

Ein Finanzsystem gilt als nachhaltig, wenn es den Übergang von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit finanziell unterstützt und beschleunigt. Erneuerbare Energie, ressourceneffiziente Infrastruktur und angemessene Arbeitsbedingungen sind nur einige Beispiele für Investitionsfelder einer nachhaltigen Wirtschaft. Dabei können sowohl öffentliche Gelder als auch private Finanzströme eine Rolle spielen.

Wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit entwickeln sich zu Kernthemen der Finanzwirtschaft. Diesen Trend spürt die gesamte

Wirtschaft. Investoren wollen in Werte investieren, die ihren ethischen Grundsätzen entsprechen. Elemente der ökologischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit können finanzielle Risiken, aber auch Chancen darstellen. Nachhaltigkeitskriterien werden so immer öfter zu wichtigen Grundlagen für Investmententscheide. In der Schweiz gibt es kaum mehr eine Bank oder einen Vermögensverwalter, der kein nachhaltiges Anlageprodukt lanciert. Kürzlich hat die Bank Raiffeisen etwa die erste nachhaltige Anleihe im Schweizer Markt platziert.¹

Gerade in den letzten Jahren hat das Thema stark an Bedeutung und Dynamik gewonnen: Das Total der nachhaltigen Anlagen in der Schweiz umfasste Ende 2018 gemäss der Marktstudie von Swiss Sustainable Finance² rund 717 Milliarden Franken – ein Plus von 83 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hinter dem kräftigen Zuwachs stecken nicht nur ethische Präferenzen, sondern auch ökonomische Überlegungen: Eine Metastudie des «Journal of Sustainable Finance & Investment» hat gezeigt, dass etwa 50 Prozent aller Studien einen positiven Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Rendite belegen, während etwa 40 Prozent einen neutralen und nur zehn Prozent einen negativen Zusammenhang sehen.

Grundsätzlich spielt Sustainable Finance in drei Bereichen eine Rolle:

1. Vermögensverwaltung; hier spielt die Schweiz durch die grossen verwalteten Vermögen als Intermediär eine wichtige Rolle.
2. Finanzierungen; darunter zählen neben Firmenfinanzierungen (Kredite, Ausgabe von Anleihen und Aktien) auch Privatkredite und Hypotheken.
3. Risikomanagement; das betrifft alle Prozesse, die die Beurteilung von Risiken umfassen – insbesondere den Einbezug von ESG-Risiken (Environment-, Social-, Governance-Risiken).

Der Begriff «Sustainable Finance» bezieht sich jedoch nicht nur auf Akteure des Finanzsektors. Zunehmend möchten auch Unternehmen wissen, wie ihre Investoren sie sehen und analysieren. Investoren und Kreditgeber wollen durch den Einbezug von ökologischen und sozialen Kriterien die mittel- und langfristigen Risiko- und Ertragspotenziale von Unternehmen – insbesondere von börsennotierten Unternehmen in Sektoren, die eine Schlüsselrolle bei der Eindämmung des Klimawandels und bei der Anpassung

an den Klimawandel spielen – besser einschätzen können. Wenn es den Unternehmen nicht gelingt, Investoren davon zu überzeugen, dass sie gestützt auf Nachhaltigkeitskriterien als «investierbar» gelten, kann dies in gewissen Fällen zu höheren Kapitalkosten führen.

Klimadiskussion als Treiber

Hinter den Entwicklungen stehen neben einer Veränderung des Anlageverhaltens auch politische Forderungen. Solche Forderungen werden unter anderem im Zusammenhang mit der (inter-)nationalen Klimapolitik gestellt. So verlangt das Pariser Klimaabkommen, das die Schweiz ratifiziert hat, auch eine klimafreundliche Ausgestaltung der Finanzflüsse. Das Financial Stability Board (FSB), die Dachorganisation der Bankaufsichtsbehörden und Zentralbanken, empfiehlt via ihre Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD) die Offenlegung von klimabedingten finanziellen Risiken durch Firmen im Finanzsektor, aber auch in den Energie-, Transport-, Industrie- und Landwirtschaftssektoren.

Tatsächlich reduzieren zum Beispiel immer mehr Versicherungsgesellschaften global ihre Geschäfte mit Kohleunternehmen.³ Als eine der grössten Versicherungsgesellschaften der Welt kündigte beispielsweise Chubb im Juli 2019 an, künftig keine neuen Kohlekraftwerke und -minen mehr versichern zu wollen. Zudem würden Geschäftsbeziehungen mit Firmen beendet, die mehr als 30 Prozent ihrer Einkünfte im Kohlegeschäft erzielen.⁴ Aus Sicht der Wirtschaft ist es zentral, dass alle Sektoren und Branchen an den aktuellen Entwicklungen teilnehmen können.

Auch auf nationaler Ebene gibt es politische Geschäfte, die die Erreichung der Klimaziele mit den Prozessen der Finanzbranche zu verknüpfen versuchen. Hierunter fallen unter anderem die Totalrevision des CO₂-Gesetzes und die Gletscher-Initiative. Im Rahmen ihrer Beratung zur Schweizer Klimapolitik hat die UREK-S am 16. August 2019 kommuniziert, dass auch der Finanzsektor einen Beitrag leisten müsse, um die Emissionsverminderungsziele zu erreichen. Allerdings könne die Ausarbeitung entsprechender Regeln nicht im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes erfolgen. Eine erste Bestimmung schlägt die Kommission nun jedoch bereits vor. Mit einem neuen Artikel

im CO2-Gesetz sollen die FINMA und die Schweizerische Nationalbank verpflichtet werden, regelmässig die klimabedingten finanziellen Risiken zu überprüfen.

Um weitergehende Massnahmen zu eruieren, hat der Ständerat im September 2019 unter anderem ein Postulat mit dem Titel «Klimaverträgliche Ausrichtung und Verstärkung der Transparenz der Finanzmittelflüsse in Umsetzung des Übereinkommens von Paris» (19.3966) angenommen. Im Rahmen des Postulats soll der Bundesrat aufzeigen, wie die Schweiz das erreichen kann. Zudem erwartet die Kommission vom Bundesrat Massnahmen, damit Schweizer Unternehmen transparenter über die Klimaauswirkungen und Klimarisiken ihrer Tätigkeiten informieren.

Der Bundesrat will dem Übereinkommen von Paris insofern gerecht werden, als dass er vorerst mit freiwilligen Massnahmen der Finanzmarktteure auf eine klimaverträgliche Ausrichtung der Finanzflüsse hinwirken will.⁵ Diese Haltung zeigt sich im Gesetzesentwurf zur Totalrevision des nationalen CO2-Gesetzes. Ein Beispiel für freiwillige Massnahmen der Branche ist das «PACTA»-Pilotprojekt, an dem sich 17 internationale Banken, darunter die Credit Suisse und UBS beteiligen.⁶ Darüber hinaus hat der Bundesrat derzeit noch keine Regulierungen vorgesehen (für mehr Details siehe unten). **economiesuisse unterstützt den Bundesrat mit einer vorerst freiwilligen Phase zur Umsetzung von «klimafreundlichen» Massnahmen in der Schweizer Finanzmarktbranche.**



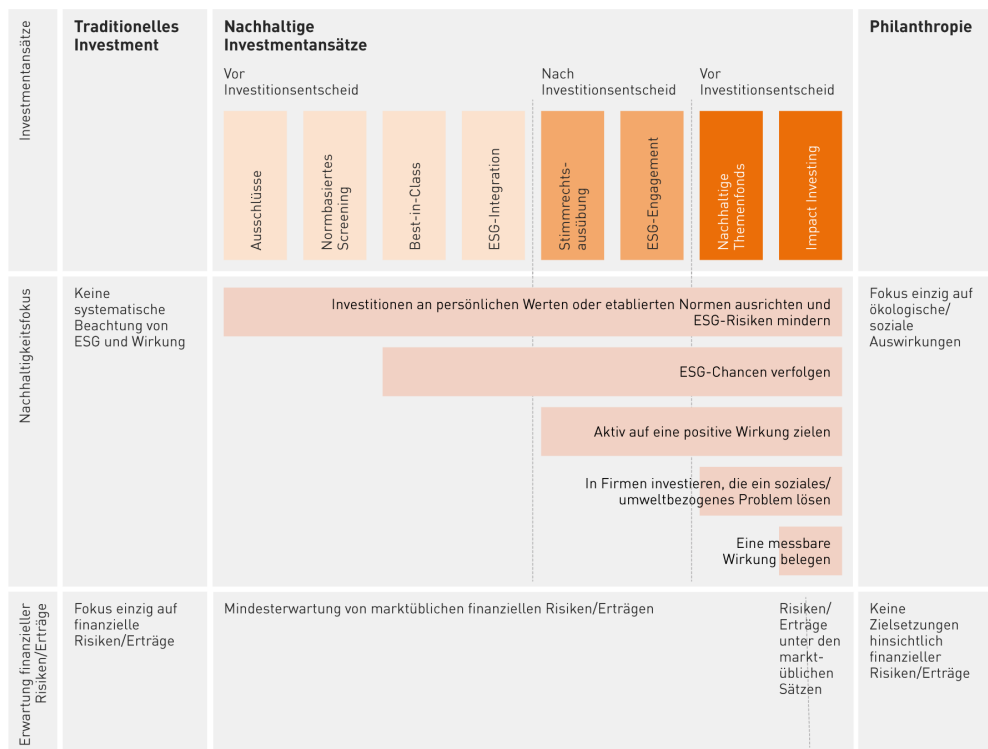
Was ist Sustainable Finance?

Sustainable Finance (oder nachhaltige Finanzdienstleistungen) umfasst jede Form von Finanzdienstleistungen, die Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien in die Geschäfts- oder Investitionsentscheidungen einbezieht. Damit soll den Kunden und der Gesellschaft insgesamt ein nachhaltiger Nutzen entstehen.⁷ Dabei steht die oft verwendete Abkürzung «ESG» für Environment, Social, Governance. Als ESG-relevant können beispielsweise die Berücksichtigung der Folgen des Klimawandels, der Wassernutzung, der Arbeitsbedingungen und die Wirksamkeit von Managementstrukturen zur Gewährleistung einer guten Corporate Governance betrachtet werden. Als Sustainable Finance gelten unter anderem nachhaltige Fonds, grüne Anleihen, Impact Investing, Mikrofinanzierung, aktives Eigentum, Kredite für nachhaltige Projekte und wirtschaftliche Aktivitäten.

Den verschiedenen Anlegerbedürfnissen soll mit unterschiedlichen Investitionsansätzen Rechnung getragen werden.

Abbildung 1

Kategorisierung der nachhaltigen Investmentansätze



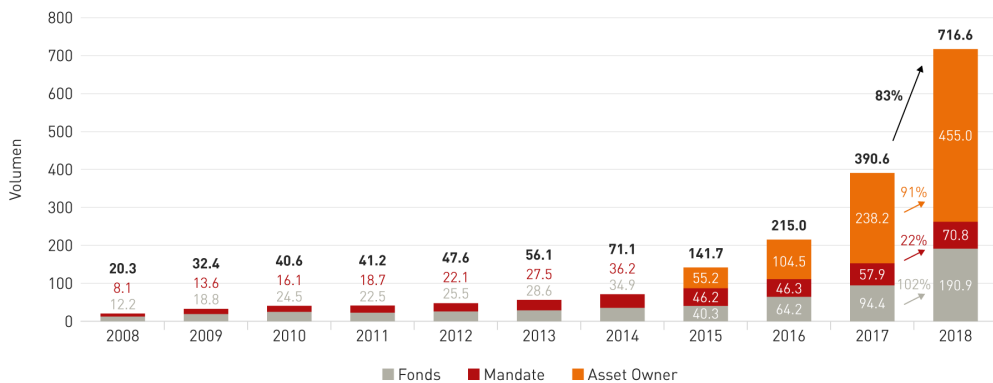
Quelle: Swiss Sustainable Finance
www.economiesuisse.ch

Nachhaltige Anlagen erfreuen sich einer stark zunehmenden Beliebtheit.

Abbildung 2

Entwicklung nachhaltiger Anlagen in der Schweiz

► in Mrd. CHF



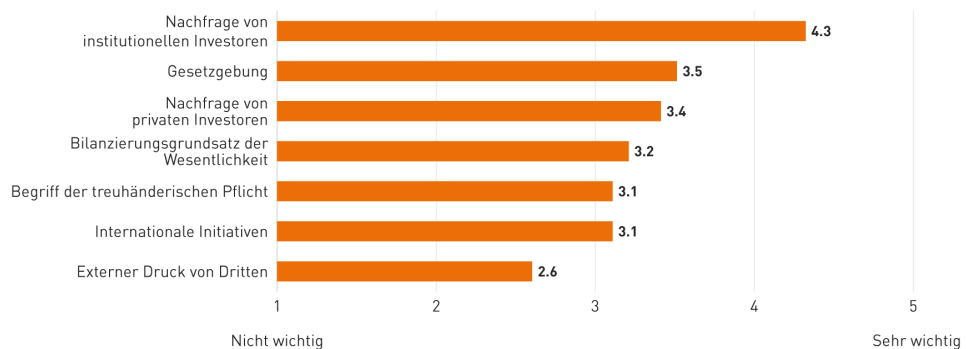
Quelle: Swiss Sustainable Finance
www.economiesuisse.ch

In den nächsten drei Jahren treiben voraussichtlich primär institutionelle Anleger die Nachfrage am Kapitalmarkt. Schon heute entfallen 88 Prozent aller nachhaltigen Anlagen auf diese.

Abbildung 3

Haupttreiber für die Nachfrage nach nachhaltigen Anlagen bei Asset Managern in den kommenden 3 Jahren

► durchschnittliche Wichtigkeit (n=34)



Quelle: Swiss Sustainable Finance
www.economiesuisse.ch

Bisheriger Stellenwert von Sustainable Finance im Schweizer Finanzsektor

Bereits in den 1990er-Jahren hatten Akteure des Schweizer Finanzsektors begonnen, Nachhaltigkeitskriterien in ihre Investitions- und / oder Kreditentscheidungen einzubeziehen. Seitdem ist der Markt deutlich gewachsen. Die neuesten Zahlen zeigen, dass 717 Milliarden Franken in nachhaltige Finanzanlagen investiert wurden (Swiss Sustainable Finance, 2019⁸), das sind annäherungsweise 20 Prozent der Schweizer Vermögensverwaltung.

Neben kleineren Institutionen, deren Hauptfokus auf nachhaltigen Produkten liegt (z.B. Nest, Stiftung Abendrot, Globalance und Alternative Bank Schweiz), sind es zunehmend die herkömmlichen Finanzinstitute, die die Agenda der Nachhaltigkeit im Bereich der Anlagen vorantreiben. So nimmt beispielsweise die Swiss Re weltweit eine führende Rolle in ihrem Sektor ein, insbesondere in Bezug auf die Modellierung von Klimarisiken.

Zudem nutzen zunehmend mehr Dienstleister die Entwicklungen, um Interessenten einen professionellen Einblick und Unterstützung in Fragen der Nachhaltigkeit in Bezug auf den Finanzsektor zu geben (z.B. ECOFACT, RepRisk, Carbon Delta, Southpole).

Schliesslich sind mehrere Vereine und Verbände entstanden, die Übersicht im Thema Sustainable Finance schaffen und nationale Bestrebungen koordinieren. Neben den Organisationen Swiss Sustainable Finance (SSF) und Sustainable Finance Geneva (SFG) sowie dem Schweizer Verein für verantwortungsvolle Kapitalanlagen (SVVK ASIR) befindet sich seit 2018 auch das Sekretariat des Netzwerks «Financial Centers for Sustainability» in Genf. Ausserdem ist die Universität Zürich Teil der neu gegründeten «Global Research Alliance for Sustainable Finance and Investment».

Im internationalen Vergleich kann die Schweiz beziehungsweise deren Finanzplätze mit den Spitzenpositionen mithalten: Gemäss Global Green Finance Index⁹ steht Zürich momentan auf Platz 2 der Leading Centres bezüglich «Depth of Green Finance», und Genf auf Platz 15. Bezüglich «Green Finance Quality» steht Zürich momentan auf Platz 5 und Genf auf Platz 10. Der Trend ist in der zeitlichen Entwicklung positiv.

Globale Hauptinitiativen im Bereich Sustainable Finance

Nachhaltigkeit im Finanzbereich gewinnt international an Bedeutung. Verschiedene internationale Gremien und Organisationen beschäftigen sich mit dem Thema. Ausserdem werden Standards entwickelt und Ziele definiert. Weltweit massgebend sind die 17 Nachhaltigkeitsziele der United Nations (- Sustainable Development Goals, «SDGs»¹⁰⁾). Es wird zunehmend erwartet, dass sich Unternehmen mit diesen auseinandersetzen. Die OECD hat im April 2019 einen Bericht publiziert, in dem der Beitrag internationaler Unternehmensinvestitionen zu den SDGs näher beleuchtet wird.¹¹⁾

Im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung ist die Global Reporting Initiative (GRI¹²⁾) zu erwähnen. Weiter sind folgende – zum Teil politische – Initiativen zu nennen:

- G-20 Sustainable Finance Study Group Die Gruppe will eine geeignete Umgebung schaffen, um privates Kapital für umweltfreundliche Investitionen sowie für weitere Nachhaltigkeitsvorteile wie Arbeitsplatzschaffung und Gleichberechtigung beim Einkommen zu mobilisieren. Sie löst die Green Finance Study Group ab (GFSG), welche im Jahr 2016 unter der chinesischen Präsidentschaft der G-20 gegründet worden war.
- Principles for Responsible Banking (PRB) Die UNEP FI versucht, umsetzbare Leitlinien in Form einer globalen Benchmark für verantwortungsvolles Banking bereitzustellen. Durch ihr Commitment zu diesen neuen Leitlinien richten Banken ihr Geschäft an den UNO-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) und am Pariser Klimaabkommen aus. Die Principles wurden im September 2019 lanciert, aus der Schweiz haben die Credit Suisse, Julius Bär und UBS diese unterzeichnet.

- Recommendations of the Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) TCFD wurde 2015 vom Financial Stability Board (FSB) gegründet, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Unternehmen und das globale Finanzsystem zu verstehen und zu adressieren. TCFD hat eine Reihe freiwilliger Möglichkeiten zur Offenlegung von Klimadaten entwickelt und veröffentlichte im Juni 2017 Empfehlungen unter anderem für Governance, Strategie und Risikomanagement.
- Coalition of Finance Ministers for Climate Action Die im April 2019 gegründete Koalition hilft den Ländern, die für die Umsetzung ihrer nationalen Klimaschutzpläne erforderlichen Finanzmittel zu mobilisieren und abzustimmen. Es sollen Best Practices für Klimabudgetierungen sowie für Strategien für umweltfreundliche Investitionen und Beschaffung etabliert werden. Die Koalition soll ausserdem helfen, Klimarisiken und -anfälligkeiten in die Wirtschaftsplanung der Mitglieder einfließen zu lassen. Die Schweiz berät derzeit über eine Mitgliedschaft.
- EU Action Plan on Sustainable Finance Ziel ist eine Neuausrichtung der Kapitalflüsse in Richtung nachhaltiger Investitionen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern sowie Transparenz und ein langfristig ausgerichtetes Finanzsystem zu fördern (vgl. Ziff. 2 nachfolgend).



Inhalt und Umsetzung des EU Action Plan on Sustainable Finance

Aufgrund der global wachsenden Nachfrage nach nachhaltigen Investitionen kündigte die EU im März 2018 einen Aktionsplan an, der eine nachhaltige (und damit auch klimafreundliche) Ausgestaltung der Finanzflüsse aufgreifen und nachhaltige Investitionen fördern soll.¹³ Der EU geht es dabei nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Wirtschaftsinteressen und die Stärkung des Finanzwesens. Europa soll zum Katalysator globaler Investitionen in grüne Wirtschaft und Technologien gemacht werden. Der Aktionsplan beinhaltet die folgenden vier Anpassungsbestrebungen:¹⁴

- Ein einheitliches EU-Klassifikationssystem («Taxonomie») wird geschaffen, um «nachhaltige» von «nicht-nachhaltigen» wirtschaftlichen Aktivitäten zu unterscheiden. Das soll zu verbesserter Transparenz und zur Bekämpfung von «Greenwashing» führen. Die Regeln sollen zwischen 2020 und Mitte 2022 in Kraft treten. Derzeit bereinigen die EU-Mitgliedsländer den von Kommission und Parlament angenommenen Richtlinienentwurf. Diese Richtlinie sollte bis Anfang April 2019 verabschiedet werden, angesichts der vielen Einwände zu diesem Anpassungspaket konnte die EU ihren ambitionierten Zeitplan jedoch nicht einhalten. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Expertengruppe der EU-Kommission im Juni 2019 ihren technischen Bericht für ein Klassifizierungssystem. Dieser wird per Ende Jahr als Entscheidungsgrundlage zuhanden der EU-Kommission finalisiert.

- Investorenpflichten (oftmals «treuhänderische Pflichten» genannt) werden präzisiert. Vermögensverwalter und institutionelle Anleger müssen im Rahmen ihrer Produkte künftig nachweisen, inwieweit ihre Investitionen und Finanzierungen an Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet sind. Zudem müssen sie offenlegen, in welcher Weise sie ihren Pflichten nachkommen. Dies wird dazu führen, dass die Unternehmen zuhänden der Finanzinvestoren erklären müssen, inwiefern sie die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Zudem hat die Europäische Kommission im Juni 2019 neue Leitlinien für die klimabezogene Berichterstattung der Unternehmen veröffentlicht. Diese enthalten praktische Empfehlungen, wie Unternehmen die Klimafolgen ihrer Tätigkeit, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Unternehmen besser offenlegen können.
- Zwei neue Kategorien für Referenzwerte («Benchmarks») werden vorgeschlagen: einen für wirtschaftliche Aktivitäten, die eine Reduktion von CO₂-Emissionen ermöglichen («Climate Transition Benchmark»), sowie einen für wirtschaftliche Aktivitäten, welche mit dem Absenkpfad unter dem Pariser Abkommen in Einklang stehen («Paris-aligned Benchmark»). Jetzt werden die Details auf Expertenstufe konkretisiert, etwa welche Branchen und Firmen diese Kriterien erfüllen und ob gewisse Sektoren als schädlich gebrandmarkt werden sollten. Die Richtlinie muss vom Rat und Parlament formell bestätigt werden. Die Benchmarks sollen Ende 2019 in Kraft treten.
- Die Beratung von Privatkunden im Banken- und Versicherungsbereich soll in Zukunft Nachhaltigkeitsaspekte integrieren. Der Entwurf wurde am 4. Januar publiziert und im Mai 2019 beschlossen. Die EU-Kommission plant, das Sustainable Finance-Paket in der Form von verbindlichen Regeln zu erlassen.

Haltung von economiesuisse zum EU-Aktionsplan

economiesuisse unterstützt das Ziel des EU-Aktionsplans, Investitionen zu mobilisieren, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Auch die Bestrebungen zu mehr Transparenz und Klarheit in den Märkten ist grundsätzlich positiv zu werten. Gleichzeitig ist es unbedingt erforderlich, dass solche Bestrebungen verhältnismässig, praktikabel und angemessen sind und den Bedürfnissen sowohl der Finanzmärkte als auch der Realwirtschaft entsprechen. Es ist wichtig, dass Massnahmen wie zum Beispiel die geplante Taxonomie zweckmässig sind und nicht zu unverhältnismässigem bürokratischem Aufwand für Unternehmen – und insbesondere KMU – führen. Alle Sektoren und Branchen sollen an den Entwicklungen teilnehmen. Die Taxonomie darf keinesfalls als «Strafinstrument» missbraucht werden, das den Zugang der Unternehmen zu Finanzmitteln behindert. Die Definition von «nachhaltigen Investitionen» sollte sich auf glaubwürdige wissenschaftliche Erkenntnisse stützen und dabei sowohl die neuesten technologischen Entwicklungen als auch die Komplexität und Funktionsweise von industriellen Wertschöpfungsketten berücksichtigen. Die EU-Taxonomie sollte wirtschaftliche Aktivitäten nicht binär als «grün» oder «braun» klassifizieren, sondern auch solche «Transition»-Aktivitäten würdigen, die einen wirkungsvollen und wirtschaftlich begründeten Beitrag zum Übergang hin zu einer dekarbonisierten Wirtschaft leisten, wie beispielsweise Unternehmen, die in kohlenstoffreichen Sektoren aktiv sind, aber deutlich emissionsreduzierende Strategien angenommen haben.

Auf Schweizer Firmen, insbesondere diejenigen mit Börsenkotierung, werden in Zukunft seitens Banken und Investoren vermehrt Fragen in Bezug auf deren Nachhaltigkeitsstrategie mit entsprechenden vorausschauenden Zielen und rückblickendem Leistungsausweis zukommen. Die EU Non-Financial Reporting Guidance auferlegt Schweizer Firmen mit Geschäftsvolumen und Anzahl Personal, die über definierten Schwellenwerten liegt, Berichterstattungspflichten über die Auswirkungen von Klimawandel und ökologischen und sozialen Faktoren auf das eigene Geschäft und auf die Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeit auf Klima, Umwelt und Menschenrechte.

Bedeutung des EU-Aktionsplans für den Schweizer Wirtschaftsstandort

Es ist heute noch weitgehend offen, welche Auswirkungen die EU-Entwicklungen für den Schweizer Finanzmarktplatz haben werden. Ein erster Hinweis besteht in dem von LCR Services im März 2019 veröffentlichten Rechtsgutachten¹⁵, welches die ökonomischen und rechtlichen Konsequenzen des EU-Aktionsplans für den Schweizer Finanzsektor untersucht. Demnach könnte die Einführung von Nachhaltigkeitsregeln in der EU ein Thema bei der Beurteilung der Gleichwertigkeit (Äquivalenz) der Rechtssysteme zwischen EU und der Schweiz sein. Dies, weil die eingeführten Änderungen nicht bloss marginal sind, sondern auch wesentliche Prinzipien der Art und Weise der Erbringung einer Finanzdienstleistung erfassen. Die Beurteilung der Äquivalenz wird letztlich aber ein politischer Entscheid sein und muss im europapolitischen Gesamtkontext gesehen werden. Je nachdem, wie diese Beurteilung ausfällt, sei gemäss Gutachten zu erwarten, dass hiesige Banken und Fondsgesellschaften ihre Prozesse und Produkte anpassen müssen, wenn sie Kunden aus der EU betreuen oder ESG-Produkte in der EU vertreiben wollen. Über kurz oder lang könnten auch Privatanleger hierzulande von den EU-Vorschriften betroffen sein. Das könnte – gerade in der Umstellungsphase – erheblichen Anpassungsaufwand bei den Prozessen bedeuten.

Da viele Schweizer Unternehmen das Themenfeld «Nachhaltigkeit» gerade auch international besetzen wollen, bietet der von der Europäischen Kommission erarbeitete Aktionsplan für die Schweiz auch Chancen. Die Entwicklung einheitlicher Standards und Messmethoden könnte eine marktförderliche Dynamik auslösen. Dadurch wiederum entstehen Profilierungsmöglichkeiten für Unternehmen, die sich nachhaltig positionieren wollen und können. Die Schweiz kann dank ihrer Expertise im Umweltbereich, in Kombination mit den günstigen Rahmenbedingungen und einem starken Finanzsektor, langfristig einen Wettbewerbsvorteil im Bereich nachhaltiger Investitionen erreichen.

Insgesamt lohnen sich aus Sicht von *economiesuisse* eine chancenorientierte Begleitung der EU-Entwicklungen sowie weitere Abklärungen zu den möglichen Auswirkungen auf die internationalen und Schweizer Finanzmärkte.



Parlamentarische Bestrebungen

Politiker auf lokaler und nationaler Ebene verfolgen das Thema Sustainable Finance bereits seit der Jahrtausendwende. Seit 2017 wurden von allen Parteien – mit Ausnahme der SVP – insgesamt über 20 parlamentarische Interventionen eingereicht. Gewisse Vorstösse zielen zum Beispiel auf die steuerliche Entlastung von nachhaltigen Finanzprodukten ab.

Im Sommer 2019 wurde das Postulat 19.3127¹⁶ als Antwort auf die Publikation von PwC¹⁷ (bezüglich ökonomischer und rechtlicher Konsequenzen des EU-Aktionsplans für den Schweizer Finanzsektor) eingereicht. Dieses verlangt die Beantwortung der Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzsektors vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen im Bereich der Nachhaltigkeit gewährleistet werden kann.

Solange parlamentarische Bestrebungen dahin zielen, Hindernisse bezüglich nachhaltigen Investitionsprozessen abzubauen, können sie von *economiesuisse* befürwortet werden. Einengende Regulierungsbestrebungen sind aus Sicht der Schweizer Wirtschaft jedoch klar abzulehnen.

Der Bund

Die Schweiz beteiligt sich aktiv an den Arbeiten der zuständigen internationalen Finanzorganisationen und betreibt in diesem Bereich eine sowohl national wie international kohärente Politik.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 24. Februar 2016 die Grundsätze für eine konsistente Politik der Schweiz im Bereich der Finanzmarktpolitik im Zusammenhang mit der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit festgelegt. Demnach wird den marktwirtschaftlich getroffenen Massnahmen Vorrang eingeräumt. Dem Staat soll die Rolle eines Vermittlers und Fazilitators zukommen.

2017 haben das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) Pilottests¹⁸ zur Analyse der Klimaverträglichkeit von Finanzportfolien initiiert. Alle Schweizer Pensionskassen und Versicherungen konnten freiwillig, anonym und kostenlos ihre Aktien- und Unternehmensobligationenportfolien auf ihre Kompatibilität mit dem international vereinbarten Klimaziel, die globale Erwärmung deutlich unter 2 Grad zu halten, testen lassen¹⁹.

Am 26. Juni 2019 hat der Bundesrat eine erneute Aussprache über einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz geführt und entschieden, eine (rein bundesinterne) Arbeitsgruppe einzusetzen²⁰. Unter anderem sollen die Auswirkungen der Entwicklungen in der EU im Bereich des Aktionsplans für nachhaltige Finanzanlagen für den Schweizer Finanzplatz untersucht werden. Zudem soll die Arbeitsgruppe auf einen Abschluss von Branchenvereinbarungen mit den Finanzmarktakteuren hinwirken. Diese sollen insbesondere zur Erhöhung der Transparenz und zu einer Selbstverpflichtung der Branche zu einer repräsentativen Teilnahme an den oben genannten Klimaverträglichkeitstests im Hinblick auf die Erreichung konkreter Ziele führen. Der Bund zielt auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit hin, so dass Kunden und Anlegern gegenüber klare Informationen und damit Entscheidungsmöglichkeiten geboten werden können. Hierzu wurde mit der Branche der Dialog intensiviert. Bis spätestens im Frühling 2020 soll ein Bericht der Arbeitsgruppe vorliegen. Zur Frage, ob und wie der Finanzmarkt reguliert werden soll, will der Bundesrat bis Ende 2019 erneut eine Diskussion anregen. Dabei sollen Rahmenbedingungen festgelegt werden, die es dem Schweizer Finanzplatz erlauben, im Bereich nachhaltiger Finanzen wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben.

Aus Sicht von *economiesuisse* ist positiv zu werten, dass der Bundesrat der Wirtschaft vorerst einen grossen Spielraum in der Sustainable Finance gewähren will. Die weiteren Entwicklungen – gerade auch

in der neu eingesetzten Arbeitsgruppe – werden aber sorgfältig verfolgt. Die Standortbestimmungen des Bundes mittels Pilottests zur Klimaverträglichkeitsmessung der Portfolien werden in dieser freiwilligen Phase als nützlich betrachtet. Damit erhält die Thematik die nötige Aufmerksamkeit.

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)

Das SIF als nationales Kompetenzzentrum im Bank- und Finanzwesen misst dem Thema «Sustainable Finance» grosse Bedeutung zu. Es organisierte bereits mehrmals mit den zuständigen Bundesstellen und der Finanzbranche einen «Round Table» zum Thema. Als Ausfluss der Diskussion wurde der bisher verfolgte Ansatz bestätigt, wonach grundsätzlich auf Freiwilligkeit der Finanzbranche und nicht auf regulatorische Vorgaben gesetzt werden soll. Dies zeigt auf, dass die Branche der Auffassung ist, ihren Beitrag zur Erreichung der internationalen Verpflichtungen der Schweiz (Pariser Klimaübereinkommen, Agenda 2030) aus eigenem Antrieb leisten zu können.

Schweizerische Bankiervereinigung

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) repräsentiert nahezu alle Banken in der Schweiz. Der Verwaltungsrat der SBVg hat «Sustainable Finance» zu einer strategischen Priorität der SBVg erhoben und im September 2019 ein Positionspapier zu «Sustainable Finance»²¹ verabschiedet.

Ausserdem hat 2019 eine SBVg-Arbeitsgruppe zu Sustainable Finance ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Verband setzt sich aktiv dafür ein, dass bestehende regulatorische Hürden in der Schweiz abgebaut und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Finanzprodukte insgesamt weiter verbessert werden. Dazu steht die SBVg im Dialog mit allen relevanten Akteuren der Branche, der Behörden und der Zivilgesellschaft.

Damit der Finanzplatz Schweiz zu einem weltweit führenden Hub für «Sustainable Finance» werden kann, müssen aus Sicht der SBVg folgende Punkte konsequent weiterverfolgt werden:

- Leitlinien für Finanzintermediäre:Die Branche entwickelt derzeit Empfehlungen, wie ESG-Kriterien in Produkte, Dienstleistungen und den Beratungsprozess eingebunden werden können.
- Attraktives Anlageuniversum sicherstellen:Die heutigen Wettbewerbsnachteile bei der Ausgabe und Erstellung von nachhaltigen Finanzprodukten müssen abgebaut werden. Durch die Abschaffung der Stempelsteuer und die Anpassung der Verrechnungssteuer können gerade auch für nachhaltige Produkte die Rahmenbedingungen gestärkt werden.
- Exportfähigkeit stärken:Nur wenn die Schweizer ESG-Expertise und -Produkte exportiert und international vertrieben werden können, kann die Schweiz zur nachhaltigen Lenkung der Finanzflüsse beitragen. Dafür muss der Marktzugang für Schweizer Finanzdienstleistungen konsequent verbessert werden.
- Verbesserungen der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger (BVV2):Eine Fokussierung auf die «Prudent Investor Rule» unter Berücksichtigung von ESG-Kriterien sorgt dafür, dass Pensionskassen das ihnen anvertraute Vorsorgevermögen bereits ab dem ersten Franken zum Wohl ihrer Destinatäre nachhaltig anlegen.
- International koordinierter Ansatz:Die Schweiz muss die internationalen Entwicklungen miteinbeziehen. Sowohl von der Thematik wie auch von der Dynamik her sind ein Alleingang und eine isolierte Fokussierung auf Einzelthemen der falsche Ansatz.

Swiss Sustainable Finance (SSF)

Das Ziel von Swiss Sustainable Finance (SSF) ist es, die Position der Schweiz auf dem globalen Markt für Sustainable Finance mit Aufklärungsarbeit und Netzworkebildung zu stärken. Der 2014 gegründete Verein ist in Zürich, Genf und Lugano vertreten. SSF hat 132 Mitglieder, darunter eine Vielzahl von Finanzinstituten. Der Verein ist in der Begleitgruppe «Sustainable Finance» des SIF vertreten. SSF stellt fest, dass die Meinungen der betroffenen Schweizer Akteure zum Thema Sustainable Finance noch nicht final gebildet sind; entsprechend sei die Führung von Dialogen in diesem Bereich als positiv zu werten.

In Genf gibt es Sustainable Finance Geneva, ein Verein für Finanzfachleute mit Interesse an Sustainable Finance, der auch von Genève Place Financière unterstützt wird. Die beiden Vereine vertreten Zürich und Genf im International Network of Financial Centres for Sustainability (FC4S).

SFAMA

Die SFAMA erarbeitet in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Swiss Sustainable Finance Guidelines für die Umsetzung nachhaltiger Asset-Management-Lösungen. Sie sollen für die Fonds- und Asset-Management-Industrie ein hilfreiches Tool sein und zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit beitragen.

Schweizer Zivilgesellschaft und Medien

Trotz der intensiven Bestrebungen der Finanzbranche versuchen derzeit mehrere Schweizer NGO Druck für Sustainable Finance aufzubauen. Greenpeace beispielsweise hat Berichte zu Finanzierungen von Credit Suisse und UBS publiziert. Seit 2012 ermutigt WWF Schweiz den Finanzsektor, Nachhaltigkeitskriterien in ihre Investitions- und Kreditentscheidungen zu integrieren. PwC Schweiz und WWF Schweiz haben basierend auf dem LCR Services-Rechtsgutachten (siehe weiter oben) eine Studie zu den ökonomischen und rechtlichen Auswirkungen des EU-Aktionsplans «Finanzierung nachhaltigen Wachstums» auf die Schweiz verfasst. Darauf aufbauend fordern PwC und WWF Schweiz unter anderem, dass der Bundesrat die Bundesverwaltung beauftragt, einen Sustainable Finance-Aktionsplan für die Schweiz auszuarbeiten. Dieser solle legislative Massnahmen und Anreize umfassen, damit die Schweiz in der Sustainable Finance ihre Führungsrolle zurückgewinnt. In der Klima-Allianz Schweiz haben sich mehr als 70 Organisationen aus dem Bereich Umweltschutz zusammengetan, um das Bewusstsein der Schweizer Öffentlichkeit für die Klimafolgen des Finanzsektors zu erhöhen.

Zuletzt wurden neue und extremere Aktivitätsformen angewandt. Am 8. Juli 2019 besetzten Aktivisten die Eingänge von CS und UBS am Zürcher Paradeplatz. Mit dem Protest versuchten sie zu verhindern, dass Angestellte der Bank das Gebäude betreten. Wie die Sprecherin von Collective Climate Justice sagte, fordern die Aktivisten mit dieser Aktion die Finanzinstitute auf, nicht mehr in Kohle, Öl und Gas zu investieren (Tages-Anzeiger vom 9. Juli 2019). Die Organisatoren kündigten schweizweit weitere ähnliche Aktionen an. Diese Entwicklung schätzt economiesuisse als schädlich und kontraproduktiv für das Anliegen ein.

Auch die breite Bevölkerung wird immer stärker mit dem Thema Sustainable Finance konfrontiert. Die Medienberichterstattung zu Fragen der Sustainable Finance hat seit 2015 erheblich zugenommen. Die SSF-Website erwähnt mehr als 70 Medienberichte für das Jahr 2018.



(Anlage-)Chancen wahrnehmen

Nachhaltige Anlagen können in vielfacher Hinsicht positive Ergebnisse erzielen. Zunächst bieten sie aus rein ökonomischen Aspekten grosses Potenzial, beispielsweise für Unternehmen, die Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels anbieten. Ebenfalls profitieren werden Firmen, die dazu beitragen, dass Emissionen eingespart werden können, beziehungsweise, dass sich die Menschheit besser an die Erderwärmung anpassen kann.

Die Finanzbranche leistet mit nachhaltigen Anlagen einen konkreten Beitrag zur Erreichung der globalen Klimaziele und für eine nachhaltige Wirtschaft.

Zurückhaltung bei Eingriffen in den Markt

Die Bemühungen um eine Standardisierung im Bereich der nachhaltigen Anlagen und eine verbesserte Transparenz der ESG-Risiken sind als positiv zu bewerten. Der konkreten Umsetzung – wie derzeit etwa in der EU im Rahmen des Aktionsplans «Sustainable Finance» – ist jedoch mit Vorsicht zu begegnen. Es muss verhindert werden, dass die Freiheiten von Marktteilnehmern und Investoren vorschnell und unnötig eingeschränkt werden. Ausserdem darf es nicht zur Diskriminierung einzelner Branchen kommen. Derzeit besteht noch Unsicherheit hinsichtlich des globalen Zusammenspiels der Finanzmärkte. Allein aus diesem Grund ist allfälligen Regulierungsbestrebungen mit Zurückhaltung zu begegnen. economiesuisse begrüsst daher die derzeitige Haltung des Bundesrats, wonach freiwillige Massnahmen der Finanzmarktakteure priorisiert werden.

Entwicklungen begleiten

Die Wirtschaft muss die dynamischen Entwicklungen eng begleiten. economiesuisse hat bereits begonnen, die Diskussionen rund um nachhaltiges Finanzieren mit den betroffenen Branchen zu koordinieren. Dabei hält der Verband den Fokus auf die Marktkräfte, die Chancen für alle Stakeholder und die positiven Entwicklungen auf dem Markt. Aktivitäten zur Positionierung von nachhaltigen Unternehmen werden unterstützt (z.B. über «Go-for-Impact») sowie alle Finanzmarktakteure ermutigt, die Entwicklungen im Bereich Sustainable Finance sorgfältig zu beobachten und geeignete Profilierungsoptionen proaktiv anzugehen. Unternehmen werden ermutigt zu beobachten, wie sich die international bildenden Nachhaltigkeitskriterien auf ihr Geschäft auswirken könnten.



- Studie WWF Schweiz und PwC Schweiz zu den ökonomischen und legalen Auswirkungen des EU-Aktionsplans Sustainable Finance: www.pwc.ch/actionplansustainablefinancepaper
- Rechtsgutachten von LCR Services AG zum EU-Aktionsplan: http://www.sustainablefinance.ch/upload/cms/user/WWFTwoPager_L
- Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum EU-Aktionsplan: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-1404_de.htm
- Schweizer Marktstudie Nachhaltige Anlagen 2019 von Swiss Sustainable Finance: <http://www.sustainablefinance.ch/en/swiss-sustainable-investment-market-s>
- Übersicht zum Thema Marktzugang von der Schweizerischen Bankiervereinigung: <https://www.swissbanking.org/de/services/insight/insight-3.17/w>
- Studie zum Umweltfussabdruck von institutionellen Investoren: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2918926
- OECD-Studie zum Beitrag von internationalen Unternehmensinvestitionen zu den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG): <http://www.oecd.org/investment/The-contribution-of-international-business-investme>
- Beitrag der SBVg zu Priorität und Potenzial für den Finanzplatz beim nachhaltigem Anlagen: <https://www.swissbanking.org/de/services/insight/insight-3.19/nachhaltiges>
- Übersicht zur Zusammenarbeit zwischen SBVg und SFF: <https://www.swissbanking.org/de/medien/statements-und-medienmitteilungen/s>



Rebecca Knoth-Letsch

Projektleiterin Infrastruktur, Energie & Umwelt



Sandrine Rudolf von Rohr

Stv. Leiterin Wettbewerb & Regulatorisches

-
1. Kürzlich hat die Bank Raiffeisen etwa die erste nachhaltige Anleihe im Schweizer Markt platziert.: <https://www.raiffeisen.ch/rch/de/ueber-uns/news/rch/raiffeisen-lanciert-erste-nachhaltige-anleihe-in-der-schweiz.html>
 2. Marktstudie von Swiss Sustainable Finance: <http://www.sustainablefinance.ch/en/swiss-sustainable-investment-market-study-2019-content---1--3037--17007.html>
 3. Tatsächlich reduzieren zum Beispiel immer mehr Versicherungsgesellschaften global ihre Geschäfte mit Kohleunternehmen.: <https://www.ubs.com/microsites/impulse/de/succession/2019-sustainability-pays-off-economically.html>
 4. Zudem würden Geschäftsbeziehungen mit Firmen beendet, die mehr als 30 Prozent ihrer Einkünfte im Kohlegeschäft erzielen.: <https://www.woz.ch/-9d79>.
 5. Der Bundesrat will dem Übereinkommen von Paris insofern gerecht werden, als dass er vorerst mit freiwilligen Massnahmen der Finanzmarktakteure auf eine klimaverträgliche Ausrichtung der Finanzflüsse hinwirken will. : <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20162916/index.html>
 6. Ein Beispiel für freiwillige Massnahmen der Branche ist das «PACTA»-Pilotprojekt, an dem sich 17 internationale Banken, darunter die Credit Suisse und UBS beteiligen.: <https://2degrees-investing.org/17-international-banks-now-piloting-the-2-investing-initiatives-flagship-climate-scenario-analysis-methodology/>
 7. Damit soll den Kunden und der Gesellschaft insgesamt ein nachhaltiger Nutzen entstehen.: <http://www.sustainablefinance.ch/en/what-is-sustainable-finance-content---1--1055.html>
 8. Swiss Sustainable Finance, 2019: <http://www.sustainablefinance.ch/en/swiss-sustainable-investment-market-study-2019-content---1--3037--17007.html>
 9. Global Green Finance Index: <https://www.finance-watch.org/publication/global-green-finance-index-3/>
 10. Sustainable Development Goals, «SDGs»: <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs>
 11. Die OECD hat im April 2019 einen Bericht publiziert, in dem der Beitrag internationaler Unternehmensinvestitionen zu den SDGs näher beleuchtet wird.: <http://www.oecd.org/investment/business-investment-sdgs.htm>
 12. GRI: <https://www.globalreporting.org/information/news-and-press-center/Pages/Sustainable-Development-Goals-in-Corporate->
 13. Ausgestaltung der Finanzflüsse aufgreifen und nachhaltige Investitionen fördern soll.: Der EU Action Plan beinhaltet ganz viele verschiedene Elemente, gewisse davon sind bereits in Kraft, andere befinden sich noch in Umsetzung. Es würde zu weit führen, hier auf die Details einzugehen.
 14. Der Aktionsplan beinhaltet die folgenden vier Anpassungsbestrebungen:-
: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/sustainable-finance_de
 15. LCR Services im März 2019 veröffentlichten Rechtsgutachten: <https://www.pwc.ch/en/publications/2019/paradigm-shift-in-financial-market-EN-web.pdf>
 16. das Postulat 19.3127: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft-AffairId=20193127>
 17. Publikation von PwC: <https://www.pwc.ch/en/publications/2019/paradigm-shift-in-financial-market-EN-web.pdf>
 18. Pilottests: <http://www.transitionmonitor.com/de/startseite/>
 19. testen lassen: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klima-und-finanzmarkt.html#889980007>
-

- 20. Am 26. Juni 2019 hat der Bundesrat eine erneute Aussprache über einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz geführt und entschieden, eine (rein bundesinterne) Arbeitsgruppe einzusetzen:** <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-75599.html>
- 21. im September 2019 ein Positionspapier zu «Sustainable Finance»:** <https://www.swissbanking.org/de/themen/business-themen/sustainable-finance>
-

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch